

Bezugspreis:
Blattpreis: 20.- M., monatl. 12.- M.
...
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Gold und Feil“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnentag“ und der Beilage „Erbung und Kleinanzeigen“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

NO Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 28. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die neuangelegten Plakatblätter kosten 6.- M.
...
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden.

Briands Programm für Washington.

Paris, 28. Oktober. (WZB.) In Erwiderung auf die Ausführungen des Senators Launel über die Washingtoner Konferenz sagte Briand in seiner Rede im Senat, er habe sich entschlossen, persönlich nach Washington zu gehen, um dem amerikanischen Volk den Dank der französischen Nation für die Unterstützung während des Weltkrieges zu bezeugen. Er hoffe, daß bereits am ersten Tage wichtige Fragen zur Verhandlung kommen und die allgemeinen Richtlinien festgelegt werden würden.

Im einzelnen führte Briand noch aus, die Interessen Frankreichs bezüglich der Frage des Stillen Ozeans und der Abrüstungsfrage würden nicht vernachlässigt werden. Außerdem würden die französischen Vertreter vielleicht nützliche Dienste beim Betreiben von Gewitterwolken und Nebelwolken leisten können.

Im Falle eines Krieges müßte das siegreiche Frankreich mit vollem Recht von seiner Stärke Gebrauch machen, um den Schutz seiner Grenze besser zu sichern. Es hat dies nicht getan auf die von England und Amerika abgegebene Zusicherung ihrer Allianz.

Der Senat sprach Briand mit 301 gegen 9 Stimmen sein Vertrauen aus.

Deutschlands Rechtsverwahrung.

„Nicht eingetroffen und wirkungslos.“
Paris, 28. Oktober. (WZB.) Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich, wie bereits gemeldet wurde, mit dem Schreiben des deutschen Botschafters Dr. Meyer, das den Protest der Reichsregierung enthält. Hierzu erklärte das „Reit Journal“, dieser Protest sei unzulässig.

Die Vorbereitungen der Kleinen Entente.

Bras, 27. Oktober. (WZB.) Die „Lagespost“ meldet aus Belgrad, die von der Regierung gegen Ungarn getroffenen militärischen Vorbereitungen würden fortgesetzt. Demselben Blatt zufolge wird aus Bukarest berichtet, daß General Averescu mit der vollständigen Mobilisierung der Infanterie und Kavallerie betraut worden sei.

Prag, 27. Oktober. (WZB.) Der österreichische Geschäftsträger Dr. Marek hatte mit dem Ministerpräsidenten Benes über die etwaigen Wirkungen der gegen Ungarn vorbereiteten Aktion auf Oesterreich eine Besprechung, wobei er bezüglich der Respektierung der österreichischen Neutralität beruhigende Zusicherungen erhielt.

„Cesko Slowa“ meldet, der Karlisten-Führer Prinz Ludwig Windisch-Grätz sei an der tschechoslowakischen Grenze verhaftet und nach Prag gebracht worden.

Widerstand der Deutsch-Böhmen.
Prag, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern wurde die Mobilisierung der Jahrgänge bis 1885 für Artillerie, Infanterie

und Kavallerie und für die Genietruppen bis zum Jahrgange 1890 durchgeführt. Die deutschböhmlische Bevölkerung zeigt der Mobilisation härtesten Widerstand entgegen. In großen Trupps überschritten sie die tschechische und bayerische Grenze, um sich der Mobilisation zu entziehen. Der Grenzverkehr wurde in solchen Fällen gesperrt. Der Eisenbahnverkehr auf der Linie Algenzthal-Graslitz wurde in der Nacht vom Mittwoch bis Donnerstag eingestellt.

Der Belagerungszustand steht in Aussicht.

Paris, 28. Oktober. (WZB.) Nach dem „Journal“ schlägt England vor, König Karl Aufenthalt auf der Insel Madeira anzuweisen.

Frankreich hilft Rußland.

Paris, 28. Oktober. (WZB.) Der Finanzausschuß der Kammer nahm den Entwurf an, durch den ein Kredit von 5 Millionen, davon 4 Millionen in Lebensmitteln, für die Hungernden in Rußland, eröffnet wird. Der Entwurf wird heute der Kammer zur Beschleunigung vorgelegt.

Reichsregierung und Beamtenverbände.

Im Reichsfinanzministerium fanden am 26. und 27. Oktober ausgedehnte Verhandlungen über die notwendig gewordenen Gehaltsverbesserungen für die Beamten statt. Nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Teuerungssaktion, sondern um eine Neugestaltung des Befoldungsgesetzes. Den Vorschlägen der Beamtenverbände stehen die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums gegenüber.

An der Bewegung beteiligt sind die fünf Spitzenverbände, die eine 21gliedrige Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa 8, der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund je 5 und der Gewerkschaftsring 2 Vertreter.

Geplant ist zuerst über die Beamtenforderungen und im Anschluß daran über die Angestellten- und Arbeiterforderungen zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden.

Starke Schwankungen des Dollarkurses.

Im Verkehr zwischen den Banken wurden heute morgen Dollarnoten zu einem Kurse von 187-189 gehandelt. An der Börse setzte der Kurs in dieser Höhe ein, ging aber im weiteren Verlauf sehr rasch auf etwa 173½ zurück, da nach Meldungen aus New York in dortigen Finanzkreisen eine Anleihe für Deutschland im Umfange von einer Milliarde Dollar zustande gekommen sein soll. Die Anleihe soll für Reparationszahlungen verwendet werden.

Das Wüten der Sicherheitspolizei.

Im Untersuchungsausschuß des Landtages wurde heute die Zeugenvernehmung zu Ende geführt. Zeugin Frau Straube-Quersfurt, Witwe des erschossenen Konsumvereinsverwalters Straube, schildert die Gefangennahme und Fortführung ihres Mannes. Dieser sei unterwegs gefoltert worden. Zeugin legt den arg verletzten Hut ihres Mannes vor. Die Sippschaften hätten einen ganzen Wagen voll Konsumvereinsfischen, Zigarren, Schuhe, Bürste, fortgeschafft. Vom Bürgermeister Behrendt sei trotz Aufforderung Hilfe verweigert worden, weil es sich angeblich um das Lager der „Roten Armee“ handelte, was nicht der Fall gewesen sei.

Als nächster Zeuge sagt Bürgermeister Heimecke-Quersfurt aus: Der erschossene Straube ist der geistige Leiter der Quersfurter Arbeiterkassette gewesen. Zeuge hat den früher sehr ruhigen Straube als Gewaltmenschen gekannt und ihn wiederholt beschworen, die Arbeiter nicht ins Unglück zu stürzen.

Die deutschen Gewerkschaften.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf veröffentlichte in der Augustnummer seiner „Internationalen Arbeitsrundschau“ eine Zusammenstellung der Gewerkschaften der Welt. Danach gibt es in dreißig Ländern 48 029 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Davon entfallen mehr als ein Viertel, nämlich 13 Millionen auf Deutschland, das die größten Arbeiterorganisationen der Welt hat.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist keineswegs einheitlich. Sie zerfällt in die verschiedensten Gruppen und Gruppchen. Da sind die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, die christlichen Gewerkschaften, die verschiedenen Arbeiterunions, (wird gewordene Kommunisten), die Syndikalisten und die in neuerer Zeit entstandenen Gründungen der Deutschmonarchisten, die Vereinigungen nationaler Arbeiter und Angestellter. Alle diese Splitter zusammengekommen haben nicht die Macht, die eine große Gewerkschaftsgruppe besitzt, die zusammengefaßt ist im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa). Sie verfügt über 64 Organisationen mit nahezu 9 Millionen Arbeitern und Angestellten.

Neben diesen beiden größten Organisationsgruppen der deutschen Arbeiter und Angestellten läuft eine dritte, ebenso beachtenswerte, die der deutschen Beamten, die ihre Spitze findet im Deutschen Beamtenbund. In dieser Organisation sind zusammengeschlossen alle Beamten des Reiches, der Staaten und der Gemeinden. Die Organisation der Beamtenverbände hat es leider noch nicht zu einem Bekenntnis zu freigewerkschaftlichen Grundsätzen gebracht, aber sie sympathisiert mit den beiden Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten, und die Bestrebungen gehen dahin, alle drei Organisationen zusammenzufassen. Vor einigen Monaten schien die Verwirklichung dieser von dem verstorbenen Führer der deutschen freien Gewerkschaften, Karl Legien, propagierten Dreifältern in greifbarer Nähe gerückt zu sein. Leider gelang das Werk nicht, aber es wird in nicht allzu ferner Zeit möglich sein, in Deutschland die Einheitsfront aller Hand- und Kopfarbeiter zu errichten.

Kurz nach der Revolution, aber nicht infolge der Revolution, sondern in konsequenter Fortsetzung der von den freien Gewerkschaften betriebenen Tarifpolitik gingen die Gewerkschaften Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern ein. Diese Arbeitsgemeinschaften erstreckten sich auf die einzelnen Industriezweige und sind wiederum zusammengeschlossen in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft. Auch um die Notwendigkeit dieser Arbeitsgemeinschaften wird im Augenblick heftig gekämpft, große Teile der Gewerkschaftsmitglieder fordern die Auflösung dieser Gemeinschaften, weil sie glauben, dadurch eine größere Bewegungsfreiheit zu bekommen, die sie besonders bei Lohnbewegungen vermissen. Der alte und erfahrene Teil der Gewerkschaftsmitglieder allerdings hält an dieser Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital fest, nicht aus grundsätzlichen, sondern aus rein taktischen Erwägungen heraus.

Die Organisationen der Arbeiter zählten im Jahre 1900 kaum 700 000 Mitglieder. Zehn Jahre später war bereits die zweite Million überschritten, und bis zum Ausbruch des Krieges organisierten 48 Zentralverbände 2 511 137 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Krieg unterbrach diese glänzende Entwicklung, so daß es im Jahre 1916 nur noch 960 000 Gewerkschaftsmitglieder gab. Langsam wuchs diese Zahl bis zum Kriegsende um 700 000. Die Revolution aber brach die Fesseln und machte für jeden den Weg zur Organisation frei. Jetzt setzte eine stürmische Aufwärtsbewegung ein, die die kühnsten Hoffnungen übertraf.

Im letzten Quartal des Jahres 1919 zählten die im ADGB zusammengeschlossenen 52 Arbeiterorganisationen 7 337 477 Mitglieder, davon waren 1 615 922 Frauen. Die Einnahmen beliefen sich auf rund 247 300 838 M., denen 200 408 709 M. an Ausgaben gegenüberstanden. Ohne das Vermögen der größten Organisation, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, betrug das der übrigen 51 Zentralverbände 133 180 009 M. Dieser gewaltige Mitgliederzuwachs hatte aber das Reservoir der Unorganisierten nicht leer gemacht. Die Entwicklung wurde zwar sehr ruhig, aber immerhin brachte das Jahr 1920 noch einen Zuwachs von 688 205 Arbeitern und Arbeiterinnen, so daß am Ende des Jahres 1920 8 025 682 Mitglieder der freien Gewerkschaften gezählt wurden, unter denen sich 1 697 939 Frauen befanden. Die Zahl der Zentralverbände war sich

gleichgeblieben und betrug 52, deren Zweigvereine sich aber um 3409 auf 27 271 vermehrt. Ins Riesenhafte wuchsen die Einnahmen und Ausgaben. Insgesamt flossen 747 114 439 Mark in die Kassen der Gewerkschaften. Darunter waren allein fast 530 Millionen Mark Verbandsbeiträge. Die Ausgaben erreichten die Höhe von 543 814 615 M. Darunter befanden sich 108 549 907 M., die gezahlt werden mußten an Unterstützungen für Mitglieder, die im Streit standen oder ausgesperrt waren. Das Vermögen der Gewerkschaften ohne das der beiden größten Organisationen, nämlich wieder des Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der Landarbeiter, vermehrte sich fast genau um den Bestand des Vorjahres auf 268 469 522 M. Natürlich spielt auch hier die Geldentwertung eine Rolle mit, die zu Beitragserhöhungen auf der einen und zu gewaltiger Steigerung der Ausgaben auf der anderen Seite geführt hat.

Von Interesse ist noch das Zeitungswesen der Gewerkschaften. Jeder der 52 Zentralverbände hat seine eigene Zeitung. Dazu kommen 29 Blätter, die von siebenzehn Gewerkschaften herausgegeben werden zu dem Zwecke, sich mit der Heranbildung der Lehrlinge, der jugendlichen Arbeiter und der Betriebsräte zu beschäftigen oder aber den Mitgliedern überhaupt fachtechnisches Wissen zu geben.

Die größte Gewerkschaft im ADSB. ist, wie schon erwähnt, der Metallarbeiterverband mit 1647 916 Mitgliedern. An zweiter Stelle steht der Landarbeiterverband mit 695 695. Der Transportarbeiterverband organisiert 568 080 Arbeiter und Arbeiterinnen und schließt die Reihe der Organisationen, die über eine halbe Million Mitglieder haben.

Die riesige Organisationsmaschine, die wir hier in rohen Zügen gezeichnet haben, hat mannigfaltige Aufgaben. Sie soll die Not und das Elend der unteren Volksschichten lindern und ihre wirtschaftliche Lage heben. Sie soll aber darüber hinaus die Arbeit befreien, d. h. dem Arbeiter das Recht geben, nicht nur zu arbeiten für andere, sondern auch mitzubestimmen im Produktionsprozeß. Damit der Arbeiter diese Funktion ausüben kann, müssen die Gewerkschaften ihn mit dem nötigen Wissen ausstatten, das ihn befähigt, nicht nur mitzuarbeiten an der Umgestaltung der Wirtschaft, sondern sie auch einmal wirklich zum Wohle der Allgemeinheit führen zu können.

Aber diese Aufgaben müssen heute zurücktreten hinter der einen, die Verschlechterung der Lebenshaltung des Arbeiters zu verhindern. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um die sich in Erfüllung dieser Aufgabe ergebenden Wirtschaftskämpfe zugunsten der Arbeiter zu entscheiden. Darüber hinaus haben die freien Gewerkschaften die hohe Aufgabe zu erfüllen, die deutsche Republik zu schützen. Sie haben schon einmal gezeigt, daß sie dieser Aufgabe gewachsen sind, als es galt, im März 1920 Herrn Rapp und andere Hochverräter davonzujagen. Die freien Gewerkschaften können diese große Aufgabe übernehmen, weil sie im Gegensatz zur politischen Arbeiterbewegung einzig sind. Die Kommunisten haben zwar versucht, sie auf Befehl Moskaus zu zerrüttern, sie haben auch eine Zeitlang in verschiedenen Organisationen die Oberhand gewinnen können. Aber bei der Arbeiterschaft kehrte bald die ruhige Ueberlegung zurück, in demselben Maße weicht der Volkswortismus. Die Gewerkschaften waren in ihrem innersten Kern so gesund, daß der Spaltbozillus von Moskau ihnen nichts anhaben konnte. Sie überwandten die Gefahr und blieben einig und sind heute so stark, daß sie nicht nur der beste Schutz der Republik, sondern auch die sicherste Gewähr für die Wiedervereinigung der politisch getrennten Arbeiterschaft sind.

Kathenau über seinen Rücktritt.

In einer Versammlung des Badischen Landesverbandes der Deutschen Demokratischen Jugend in Mannheim sprach der bisherige Wiederaufbauminister Dr. Kathenau über die Bedeutung der obersten Entscheidung. Er wies auf die Sinnlosigkeit des Urteilspruches hin und erinnerte an den Protest gegen die Gewalt am 1. März 1871

in der Badischen Nationalversammlung anlässlich des Abschiedes von Eljasz-Weinungen. Sodann sprach Kathenau über die Kabinettsbildung und führte über seinen eigenen Rücktritt aus:

Nicht außenpolitische Gründe haben mich gegen den Eintritt in das neue Kabinett bestimmt, sondern lediglich der Beschluß unserer Fraktion, ihre Mitglieder nicht von neuem in das Kabinett eintreten zu lassen. Ich selbst bin diesem Beschluß nicht beigetreten, aber als Demokrat erkläre ich mich mit einem Beschluß auch dann solidarisch, wenn er gefaßt wird von einsichtigen Männern auch gegen meine Stimme.

Auch wenn man Kathenaus Verhalten völlig würdigt, so zeigen doch gerade seine Ausführungen die Notwendigkeit, ihm die Möglichkeit zu einer Revision seines Entschlusses zu eröffnen. Die Demokratische Partei würde sich ein sachliches Verdienst erwerben, wenn sie Dr. Kathenau den Weg zur Fortführung seiner einmal begonnenen Aufgaben freigäbe. Doppelt verständlich ist die Stellungnahme der Demokraten dadurch, daß sie zwar der Regierung ihr Vertrauen aussprechen und Gehör in der Regierung befehlen, dem Fraktionsminister Kathenau jedoch die Teilnahme am Kabinett untersagen wollen. Diese mehr als sonderbare Haltung der Demokraten fehlt ihrer kaum noch begehrten Stellungnahme in den letzten Wochen die Krone auf.

Oberpräsident v. Batocki hat den Reichspräsidenten um Enthebung von seinem Amt des Reichskommissars zur Ausführung von Wiederaufbauarbeiten gebeten. Er begründet sein Ersuchen mit dem Scheitern des Planes, eine auf breiterer Grundlage errichtete Reichsregierung zu bilden.

Schwere Explosion bei Breslau.

Breslau, 28. Oktober. (W.B.) Heute früh 5 Uhr 30 Min. brach in der Munitionsfabrik in Karlowitz ein Feuer aus. Das Granatenlager geriet in Brand und explodierte. Die Explosionen dauern fort.

In Ergänzung dieser Meldung drahtet uns unser Breslauer Berichterstatter folgendes: Früh um 5 Uhr entstand in der Munitionsverleiherie in Karlowitz bei Breslau durch Selbstzündung ein Brand. Ein Arbeiterschuppen wurde durch die Explosion einiger Granaten eingeschert, doch ist niemand dabei verletzt worden. Die städtische Feuerwehr aus Breslau war innerhalb weniger Minuten auf der Brandstelle und konnte den Brand auf seinen Herd beschränken, da die verschiedenen Munitionsschuppen in Karlowitz sehr weit auseinanderliegen. Nach etwa drei Stunden war der Brand völlig gelöscht und jede Gefahr beseitigt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Die Sicherung der Volksernährung.

Bremen, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern tagte in Oldenburg unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Herms eine Konferenz der Ernährungsminister der Länder. Der Reichsernährungsminister wies in seiner Rede darauf hin, daß die letzten Monate die akuten Ernährungsprobleme wieder in den Vordergrund gedrängt hätten.

Zur Lage in der Kartoffelversorgung führte ein Vertreter des Reichsernährungs- und Landwirtschaftsministeriums aus, daß nach Mitteilung von Sachverständigen angenommen werden könne, daß die Ernte etwa 26 Millionen Tonnen betrage, somit also für die Versorgung der Bevölkerung, für die nur 8 Millionen Tonnen erforderlich seien, ausreiche. Seit dem 1. September seien 35 Millionen Zentner bewegt, was hinter der bis zum gleichen Zeitraum des Vorjahres bewegten Menge nur um ein geringes zurückbleibe. Als Ursache der augenblicklichen Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung wurde von den Konferenzteilnehmern die in diesem Jahre besonders starke Nachfrage nach Kartoffeln aus dem Westen und Süden unseres Landes, wo Winterernten zu verzeichnen sind, und ferner das Fehlen der Einfuhr von Kartoffeln aus fremden Ländern, festgestellt. Von den Teilnehmern wurden als Ergebnis der Beratungen nachstehende

Mahnahmen

beschlossen:

auf eine Leiter gestiegen, daß oben der Kopf, unten die Füße zwischen die Sprossen geklemmt sind, während die Rehrseite der Zählung entgegenharrt. Ein anderer zappelt halb entblößt zwischen den Beinen des Präzeptors unter der Aute.

Der schöne Tag schien sich mir plötzlich zu trüben. Unvermutet schnob mir eine höhnischer kalter Luftzug ins Gesicht. Sängler mochte ich nicht weilen, sondern hub mich schleunigst von hinnen. Unmählich verfiel das Lachen der Mädchen, durchschnitten von einem schnatternden Befehlschrei des Meisters der Knaben. H. G.

Das Geheimnis der Indeziffern. Die sogenannten Indeziffern, durch die der Grad der Leuerung jahrenmäßig angegeben wird, spielen heute in unserem Leben eine große Rolle. Was nun aber diese Zahlen bedeuten und wie sie errechnet sind, darüber sind sich die meisten im Unklaren. Einen Einblick in die Feststellung der Leuerungszahlen gewährt Dr. Friedrich Häfner in „Reklams Universalium“.

Nach der Methode der Reichsstatistik werden die Kosten der Lebenshaltung, soweit Nahrung, Wohnung und Beleuchtung in Frage kommen, an einer Normalration gemessen, die den Bedarf einer fünfköpfigen Familie von zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren in je 4 Wochen darstellt. Die Kosten für die Nahrungsmittelmengen werden am Schlusse jeder Versorgungswoche berechnet. Die Preise werden amtlich unter Mitwirkung berufener Sachverständigen für den 15. jedes Monats festgestellt, daraus wird ein Durchschnitt berechnet. Zu den Nahrungsmitteln tritt eine in der Reichsstatistik vorgesehene Menge Brenn- und Leuchtstoffe, die nach den ortsüblichen Preisen angesetzt werden. Für die Heizung nimmt man eine Wohnung an, die aus zwei heizbaren Zimmern, 1—2 Schlafzimmern und Küche besteht. Die auf diese Weise errechnete Zahl wird Leuerungszahl 1 genannt; sie betrug für die 4 Wochen vom 29. August bis 25. September 1921 in Leipzig gerade 1000 M.

Von manchen statistischen Keimern werden außerdem auch noch Indeziffern für sonstige Lebensbedürfnisse, insbesondere für Kleidung berechnet. Jedoch ist es außerordentlich schwierig, eine Bedarfsnorm aufzustellen, die das Existenzminimum für die verschiedenen Lebensbedürfnisse festlegt. Es ist möglich, Lebensbedürfnisse wie Genussmittel, Körperpflege, Ausbesserung von Kleidung, Abschreibung auf Wirtschaftsgegenstände, Ausgaben für Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke und Ausgaben zu beziffern, während Neuschaffungen von Kleidung, Wäsche und Schuhwerk nicht berücksichtigt werden. Die auf diese Weise entstehende Leuerungszahl 2 wurde z. B. in Leipzig für den Bierwochenabschnitt vom 29. August bis 25. September mit 454 M. angegeben. Die Schwierigkeiten, den gegenwärtigen tatsächlichen Bedarf an Kleidung, Wäsche und Schuhwerk zu erfassen, ist so groß, daß darüber erst genaue Erhebungen in Arbeiter- und Angestelltenkreisen an den verschiedenen Orten vorgenommen werden müssen.

Literarische Sondervorstellungen der Volksbühne. Die Volksbühne muß sich bei ihren Vorstellungen vornehmlich an Werke halten, die bereits anerkannt sind oder deren Aufführung doch wenigstens kein

1. Besserung der Wagenstellung für die städtischen Ueber-schulbezirke.

2. Unterlassung jeder Ausfuhr und Durchführung der strengsten Ueberwachungsmaßnahmen.

3. Möglichste Verringerung der Bearbeitung von Kartoffeln in Stärkefabriken, Trocknerien und Brennerien. Die Verarbeitung soll auf Kartoffeln, die für die menschliche Ernährung ungeeignet sind, beschränkt werden.

4. Begegnung der wilden Aufkäufe durch Verordnungen und Abhängigmachung des Aufkaufs von Kartoffeln beim Erzeuger zwecks Weiterverkauf von der Erlaubnis einer von der Landesregierung zu bestimmenden Behörde des Aufkaufgebietes.

5. Die Eisenbahn soll erlucht werden, nur solche Sendungen zu befördern, die von Aufkäufern aufgegeben werden, die sich im Besitze eines Erlaubnischeines befinden.

6. Falls Landwirte oder Händler den Preis in einer Weise steigern, der den Herstellungskosten und der Kartilage in keiner Weise entspricht, soll von den Vorschriften der Verordnung gegen Preistreibelei vom 8. Mai 1918 sowie von dem Gesetz über Verschärfung von Strafen wegen Scheinhandels, Preistreibelei und verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände vom 18. März 1920, nachdrücklich Gebrauch gemacht werden. Die Strafverfolgungsbehörden sollen von den Ländern strengstens angewiesen werden.

Sollten sich die auf diese Maßnahmen gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen und nicht noch vor Eintritt des Frostes eine Entspannung eintreten, so war man in der Konferenz der Ansicht, daß das Ministerium für Ernährungs- und Landwirtschaft eine Bestandsaufnahme zwecks Vorbereitung weiterer Maßnahmen für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung anordnen müsse. In diesem Falle sollen die Ernährungsminister zu einer neuen Konferenz zusammentreten.

Ein fünfzigjähriger Jubilar.

Am heutigen Tage vollendet das älteste unserer seit ihrer Gründung ununterbrochen erscheinenden Parteiblätter, die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg, das fünfzigste Jahr ihres Bestehens. Im Jahre 1869 — nach Errichtung der Eisenacher Partei — beschloß eine Gruppe interessierter Genossen die Gründung eines eigenen Organs. Der Plan wurde jedoch durch den Krieg 1870/71 unterbrochen und drohte auch nachher infolge Mangels an Mitteln zu scheitern. Da kam Hilfe von anderer Seite. Im benachbarten Fürth war eine Gruppe radikaler Demokraten Jakobischer Richtung, die zur Bekämpfung der Reaktion ein eigenes Blatt gründen wollten und sich bereit erklärten, dieses Blatt auch unseren Genossen zur Vertretung ihrer Grundzüge zur Verfügung zu stellen. Zu den ersten Redakteuren gehörte Genosse Wilhelm Sios.

Im Jahre 1872, nach dem Uebertritt Johann Jakobys zur Sozialdemokratie wurde das junge Blatt offizielles Organ unserer Partei. Seitdem ging es unablässig aufwärts. Im Jahre 1874 wurde eine Genossenschaft gegründet und die Druckerei erweitert. Der Titel der Zeitung wurde abgeändert in „Demokratisches Wochenblatt“, nach einem halben Jahre in „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“. Nach weiteren drei Jahren konnte unser Bruderblatt bereits täglich erscheinen.

Dann kam das Sozialistengesetz mit seinen „Segnungen“. Der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ wandelte sich in die „Fränkische Tagespost“ und überdauerte durch geschickte Redaktion das Schandgesetz. In diesen schweren Jahren leistete die Zeitung der sozialistischen Sache durch Geheimvertrieb von Flugblättern, Broschüren usw. große Dienste und war infolgedessen der reaktionären Polizeimarilla ein Dorn im Auge. Als das Sozialistengesetz in den letzten Zügen lag, begingen unsere Genossen in gutem Humor das Fest der hundertsten Hausausgabe!

Die Redaktionsleitung unseres Bruderblattes war zahlreichem Wechsel unterlegen. Nach Grillenberger und Dertel wurde es vom Genossen Siedelmann (1898—1900), vom Genossen Scheidemann (1900—1902), sodann bis zum Jahre 1907 vom Genossen Dr. Adolf Braun geleitet. Als dieser nach Wien ging, folgte ihm Kurt Eisner bis 1910, hierauf Wilhelm Herzberg, der 1911 starb. Bis zu seiner Berufung in den Parteivorstand im Jahre 1920 leitete nunmehr wieder Adolf Braun die Redaktion des Blattes, die seitdem dem Genossen Emil Fischer untersteht.

Unser Nürnberger Bruderblatt hat manchen Sturm überdauert. Heute steht es fester und stolzer da als je, und an seinem Ehrentage rufen wir ihm ein lautes und herzliches „Glückauf!“ zu.

Das Stöckchen.

Einer der sonnigsten Herbsttage dieses Jahres. Der Himmel spannt ein hellblaues Seidentuch über den weiten Sportplatz. Die doppelte Reihe von Platane, die ihn umzieht, wärmt sich noch einmal behaglich in der Mittagsstunde, ehe der Frost sie überfällt und die letzten gelben und flammend roten Blätter von den Ästen reißt.

Etwas vereinsamt und verloren sehe ich auf der Bank unter einem der Bäume. Die Fläche vor mir ist leer an diesem Werktag, der märkische Sand darauf glitzert fast in der Hülle des prallen Lichts. Lustig zu denken, wie an Feiertagen Scharen von Fußballspielern ernst hier kämpfen, wie schlauke Häuser mit rudernden Ellbogen und vorgeneigten Köpfen einander zu über-treffen suchen. Heute tun sie alle ihre Lohn- und Brotarbeit in Werkstätten, Fabriken, Bureaus. Der Platz bleibt den Schulen überlassen für ihre Turnstunden.

Nun nahen zwei Klassen, eine von der Lehrerin geführte Mädchenchar, eine Jungengemeinschaft mit ihrem Berufserzieher. Die Mädchen drängen sich in der um einige hundert Meter entfernten Ecke und beginnen ein Ballspiel. Ihr Lachen klingt silberner herüber, die bunten Kleidchen wehen wie Blumenblätter, mit denen der Wind schäkert.

Die Jungen, acht- bis neunjährige Volksschüler, stellen sich in Reich und Glied in der Nähe auf, vor den beiden Gliedern mit scharfen Kommandorufen der Lehrer, bewaffnet mit verdächtigen Rohrstöcken. Dem Rohrstöckchen scheint die wichtigste Rolle bei der ganzen Veranstaltung zugewiesen zu sein. Die Kinder beginnen Freiübungen. Ob sie die kleinen Körper drehen, auf die Fußspitzen heben, mit den Armen auf- und seitwärts fahren, immer spricht der Stöck mit. Immer hat der eine oder der andere etwas falsch gemacht, immer faßt das Rohr heimtücklich von hinten auf den Rücken, wenn der Kommandeur prüfend vorbeischießt, brutal von vorn, indem der scharfe Pöbgege einen der Knaben bei der Hand ergreift und die Fingerspitzen mit der bekannten Täglichkeitsbedeutung. Sogar bei einem Renn- und Hahnenkampf hagelt es Kopfnüsse für Nachzügler. Harren diese Schüler wohl mit großer Lust der Stunden auf dem Plage für Spiel und Sport entgegen, bei denen so für ihre leibliche Kräftigung gesorgt wird? Vielleicht doch. Denn die ungleich schwierigere geistige Bervollkommnung innerhalb der Klassenwände erfordert sicherlich eine noch ausgedehntere Anwendung von Stöcknachhilfen. Wenn die Jungen Männer geworden sind, werden sie auf vielerlei Art daran zurückdenken.

Beim Zuschauen — ich weiß nicht, wie es kam — fiel mir ein alter Holzschnitt aus einem Buche ein, das über mittelalterliche Schulanstalten berichtet. Man sieht auf dem Bild das Innere eines Lehrerzimmers mit einigen Jünglingen. Einer davon ist dergestalt

allzu großes Experiment bedeutet für das Theaterleben. Bei ihrer Bedeutung hat aber die Berliner Volksbühne auch eine Verpflichtung, sich um die Förderung jüngerer, noch unerprobter Talente zu kümmern und solchen Werken die Bühne zu erschließen, deren Eigenart einen Erfolg beim großen Publikum zweifelhaft erscheinen läßt. Gerade die Volksbühne scheint hier berufen, eine wichtige Mission zu erfüllen, weil sie allein imstande sein wird, für derartige „Versuchsaufführungen“ ein Publikum zu stellen, in dem auch Arbeiter, Angestellte usw. eine starke Rolle spielen.

Schon in der vergangenen Spielzeit wurde grundsätzlich die Einführung gelegentlicher „literarischer Sondervorstellungen“ zur Aufführung von Werken eigenartigen Charakters beschlossen. Mit einer Einstudierung von Paul Jechs „Verbrüderung“ im Neuen Volkstheater wurde auch ein erster Versuch gemacht. Im neuen Spieljahr hat man nun die Veranstaltung der literarischen Sondervorstellungen auf eine breitere Basis gestellt. Es sind einige „Sonderabteilungen“ gebildet worden, denen sich jedes Mitglied neben seiner eigentlichen Abteilung anschließen kann, für die sich aber auch Nichtmitglieder anmelden können. Wer einer derartigen Sonderabteilung angehört, erhält durch sie im Laufe des Winters drei Vorstellungen, die unter Heranziehung von Kräften anderer Bühnen im Neuen Volkstheater hier ihre erste Aufführung erleben. Die Vorstellungen finden stets abends statt, die erste am 18. November. Der Mitgliedsbeitrag beträgt bei diesen Sonderabteilungen je Vorstellung 7,50 M. oder bei Vorauszahlung des Beitrages für alle drei Vorstellungen 20 M. Anmeldungen müssen, da nur eine beschränkte Platzzahl zur Verfügung steht, sofort erfolgen, und zwar unter gleichzeitiger Einlieferung mindestens des ersten Vorstellungsbeitrages — bei der Geschäftsstelle der Volksbühne, Berlin, Linienstr. 227.

Als erstes Werk im Rahmen der Sondervorstellungen wird die „Passion“ von Paul Jech in Szene geben; späterhin „Das letzte Gericht“ von Julius Maria Becker und vielleicht ein Werk von Alfred Brühl.

Die neuen Briefmarken. Die Ausgabe der neuen deutschen Marken ist nun vollständig geworden, und man kann das Ergebnis dessen, was aus dem Künstlerwettbewerb vor 2 Jahren hervorgegangen ist, beurteilen. Die neuen Marken in ihrer Unterschiedlichkeit nicht nur an stilistischer Haltung, auch an Zweckmäßigkeit und künstlerischem Werte beweisen, daß der bisherige Weg eines freien oder beschränkten Wettbewerbes keinesfalls der richtige ist. Sollte sich die Schaffung neuer Marken wiederholen müssen, so ist im Interesse der Sache zu wünschen, daß die Befragung der Marken von einer Stelle einheitlich geregelt wird, und dazu ist doch wohl der Reichsanstalt die geeignetste.

Die Vllganaustellung im Botanischen Museum in Dablen ist am 28. gedhnet von 12—6 Uhr, am 29. und 30. von 10—3 Uhr. Eintritt 1 M., für Schulklassen 30 Pf. je Kind; am 28. von 5 Uhr ab 2 M. zugleich zu dem Bilderdarstellung über „Blut- und Speicheldrüse“.

Die Berliner Sesselfest eröffnet am Samstag, mittags 12 Uhr, ihre 41. Audition.

Ludwig Hardt spricht Sonntag 7½ Uhr in der Berliner Sesselfest (Karlshorstweg 232) hellers Jüden und Götzen.

Noch keine Einigung im Gastwirtsgewerbe.

Die Arbeiterschaft zur Unterstützung des Kampfes bereit.

Die Aussichten auf eine baldige Beilegung des Streiks der Gastwirtsangestellten haben sich im Laufe des gestrigen Tages sehr verschlechtert. Wieder sind es die Unternehmer, die unter den sachdienlichsten Ausreden das Zustandekommen von Verhandlungen sabotieren. Wie sie den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses im Gegensatz zu ihren Arbeitern abgelehnt haben, so lehnen sie auch jetzt die Annahme des Vorschlages ab, der die Einsetzung eines Schiedsgerichtes vorschlägt. Durch diese Entscheidung haben die Arbeitgeber erneut zu erkennen gegeben, daß sie nicht daran denken, zur Schlichtung des Streitfalles beizutragen. Sie halten an ihrem Standpunkt fest und glauben, die Streikenden durch Hunger zum Nachgeben zwingen zu können. Wenn sie so rechnen, dann unterschätzen sie ganz bedeutend die Solidarität der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftskommission hat in Verbindung mit dem Afa-Ortskartell wiederholt die Sympathie der Berliner Arbeiterschaft mit den Gastwirtsangestellten bekundet und für den Fall, daß die Unternehmer nicht an den Verhandlungstisch gehen, scharfste Gegenmaßnahmen angekündigt. Der Augenblick, da diese in Funktion treten können, ist jetzt gekommen. Wir zweifeln keinen Moment daran, daß die Berliner Arbeiter ihre kämpfenden Kameraden mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen und so die halsstarrigen Unternehmer zu Verhandlungen zwingen werden.

Die Ablehnung des Vorschlages zur Einsetzung eines Schiedsgerichtes begründen die Unternehmer wie alles andere mit den „Terrorakten“. Wir erklären wiederholt, daß wir alle Ausschreitungen der Streikenden auf das schärfste verurteilen, und wir warnen diese erneut, sich nicht durch irgendwelche Provokationen zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen.

Wie Ausschreitungen entstehen können, zeigt der folgende Fall, der sich in den späten Abendstunden des 24. Oktober im Café Bauer, Unter den Linden, ereignete. Ein Vertreter der Streikenden betrat das Lokal und fand zwei Studenten vor. Auf die Frage nach dem Zweck ihres Besuchs erwiderten sie, daß sie das Haus bewachen müßten. Als Grund für ihre Handlungsweise gaben sie ihren Hunger an. Während dieses Besuchs meldete der Portier des Cafés „Ueberfall“ und sofort kam ein Postauto mit — bis an die Zähne bewaffneten — Schupo-Leuten an, um gegen „Ausschreitungen“ vorzugehen. Nicht sehr stolz sollen sie wieder abgerückt sein, als man sie über den „Irrtum“ aufklärte.

Auch auf dem Potsdamer Platz ereignete sich am letzten Mittwoch eine Begebenheit, die das Thema „Ausschreitungen“ betrifft. Dort näherte sich der Direktor Bippich von der Hotel-Betriebs-Vereinsgesellschaft in Begleitung einiger Rummelbögler der „Welle-Restaurant“. Sofort stürzten sechs Schupo-Leute aus dem Lokal heraus und empfingen den Herrn Direktor, der diese wiederum einladend ins Lokal zu kommen. Ob dieses merkwürdigen Spiels gab es ein wenig Aufregung unter den Streikenden und dem Publikum. Das veranlaßte die Schupo, vier Streikposten in das Lokal zu schleppen, von denen einer in Krämpfe fiel. Die im Lokal verbliebene Schupo vor dem Kopf, griff zur Signalfleise, einer der draußen stehenden Beamten stürzte mit gezogenem Säbel ins Lokal und mußte mit Mühe davon abgehalten werden, auf den sich in Krämpfen Windenden einzuhauen. Mit solchen Mitteln kämpft das Unternehmertum und die ihm offenbar sehr ergebene Schupo-Polizei nun schon seit vier Wochen gegen die Gastwirtsangestellten. Ihr Ziel haben sie nicht erreicht, und sie werden es jetzt erst recht nicht erreichen, dafür bürgt die Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Heute neue Verhandlungen.

Die BS-Korrespondenz meldet, daß die am Mittwoch abgetragenen Verhandlungen heute fortgesetzt werden, da die gestrige Versammlung der Unternehmer den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft zu weiteren Verhandlungen autorisiert hat, allerdings mit der Maßgabe, daß über die Frage des Schiedsgerichts nicht verhandelt wird.

Weiter weiß die Korrespondenz mitzuteilen, daß der polizeiliche Schutz aus der Konditorei Bellevue am Potsdamer Platz zurückgezogen wird.

Zum Handeln entschlossen!

Kurz vor Redaktionsschluss wird uns mitgeteilt, daß sich der Ausschuss der Gewerkschaftskommission entsprechend den Vollmachten, die er von der Plenarversammlung erhalten hat, gestern sehr eingehend mit der Lage im Gastwirtsgewerbe beschäftigt hat. Er sah sich genötigt, ziemlich weitgehende Beschlüsse zu fassen, die sofort in die Tat umgesetzt werden sollen, wenn nicht schnellstens eine Einigung zustande kommt.

Die für die Durchführung dieser Maßnahmen bestimmten Körperschaften werden aufgefordert, sich bereit zu halten.

Ein Protest der Mehrheit des diese Wohlfahrts-Einrichtung vermittelnden Ausschusses geführt hat. Im April 1921 beantragte ein Magistratsbaurat, der damals rund 31.000 M. Jahreseinkommen hatte und nur für seine Frau und ein lebensfähiges Kind zu sorgen brauchte, für sich ein Darlehen von 4000 M. Der Vorprüfer sah keine dringende Notlage und empfahl Ablehnung, die nachprüfende Stadivorderordnete Frau Schulze aber befürwortete 2000 M. und daselbst tat in der Ausschussung vom 16. Juni der Stadivorderordnete Werten. Der Ausschuss lehnte jedoch Gewährung eines Darlehens für den Magistratsbaurat ab. Stadivorderordnete Werten und Frau Schulze mit den beiden Stadivorderordneten Werten und Frau Schulze und verfügte am nächsten Tage die Bewilligung von 2000 M., die dann auch ausgezahlt wurden. Wir entnehmen diese Angaben einem Schreiben, das der sozialdemokratische Stadivorderordnete Genosse Subbe als Mitglied des Ausschusses und zugleich im Namen der Ausschussmehrheit am 21. Oktober an den Magistrat gerichtet hat. Das Schreiben bezeichnet die Handlungsweise des Stadivorderordneten Werten als unerbörlich und weist darauf hin, daß Darlehen von dieser Höhe nicht durch die Dezernenten allein gewährt werden dürfen und daß nach Behandlung der Angelegenheit im Ausschuss eine Entscheidung durch den Dezernenten allein überhaupt nicht mehr zulässig ist. Der Magistrat wird erlucht, dafür zu sorgen, daß Stadivorderordnete Werten künftig die Beschlüsse des Ausschusses als für sich maßgebend und bindend anerkennt.

Untergrundbahnhof „Leipziger Straße“.

Die Bauarbeiten im mittleren Teile der Friedrichstraße, die zur Herstellung der Nord-Süd-Bahn seit einer Reihe von Jahren die Friedrichstraße in ihrer ganzen Länge für den Wagenverkehr in der Bänkerschicht gesperrt haben, so daß Omnibusse und Geschäftsfuhrwerke zu weiten Umwegen gezwungen wurden, nähern sich nun auch, soweit sie den Tunnelbau betreffen, ihrem Ende. Kurz hinter der besonders tiefliegenden Unterführung der Untergrundbahnlinie Spittelmarkt—Leipziger Platz an der Roßrenstraße, die nahezu vollendet ist, steigt die Bahnstrecke allmählich wieder bis zum neuen Bahnhof Leipziger Straße, der mit seinen Eisenkonstruktionen für die Treppenanlagen beinahe fertiggestellt ist. Zwischen der Tunneldecke und der Krausenstraße wird jetzt an den letzten Teilen der Tunneldecke gearbeitet, in der die Ausparungen für die Zugänge zum Untergrundbahnhof freigelassen werden. In der Mitte des Fahrdammes liegend, werden zwei Treppen hergestellt, von denen die eine für den Zu- und die andere Treppe für den Ausgang der Fahrgäste bestimmt ist. Durch eine geräumige Vorhalle führen die Treppen zu dem Mittelbahnsteig, von dem aus die Reisenden von der rechten Bahnseite nach Norden und von der linken Seite nach Süden abfahren können.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Das Oberstleutnant-Hilfswort erfüllt einen Aufruf „Hilfe für Oberschichten“, in dem mitgeteilt wird, daß sich zur Durchführung einer Reichsjugendwoche eine Einheitsfront aller Jugendverbände gebildet habe. Wir weisen darauf hin, daß die Arbeiter-Jugend an dieser angeblichen Einheitsfront aller Jugendverbände nicht beteiligt ist. Es handelt sich also offenbar um eine Einheitsfront bürgerlicher Jugendverbände.

Die Ausgabe der Postkarten findet in Hennigsdorf für den Monat November am Sonnabend, den 29. Oktober, und Montag, den 31. Oktober d. J. im Rathaus, Zimmer 13, statt.

Der Charlottenburger Verein für pädagogisches Hilfswesen, der sich zur Aufgabe gemacht hat, den Schülern zu belästigen, bringt am Sonnabend, den 29. Oktober, abends 6 und 8^{1/2} Uhr, im Schiller-Festsaal, Schillerstr. 26, die beiden Filme „Mit dem Flugzeug zum Mond“ und „Wie der Golem in die Welt kam“ zur Vorführung. Einlaß 2 M., Mitglieder 1,50 M.

Am Problem der Fruchtbarkeitsregulation sprechen Dr. med. Max Hirsch und Dr. phil. Helene Sieder anlässlich der 7. Generalversammlung des Deutschen Bundes für Mutterkamm am Freitag, den 28. Oktober 1921 (heute), abends 8 Uhr, in der Aula der Elisabethschule, Berlin, Kochstr. 65. Freie Aussprache. Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder 1 M.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig kühler, teilweise aufflackernd, jedoch überwiegend trübe und neblig bei mäßigen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Geschäftliche Mitteilungen.

Semmler & Bleyberg K.G., die alle Spezialabdrill liefert in gebrauchlicher Ausführung elektrische und transportable Radreflexen, Radherbe in jeder Größe und Ausführung sowie moderne Ramine.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reichstarif der Maler.

Der Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher (Billale Berlin) erledigte in seiner gutbesuchten Mitgliederversammlung am Donnerstag zunächst die Hausaffärenfrage. In geheimer Abstimmung wurde sie mit 326 gegen 311 Stimmen abgelehnt. Zum Lohnabkommen teilte Böher mit, daß der Hauptvorstand des bis zum 30. November laufende Lohnabkommens bereits gekündigt hat. Die Forderung wird den Verhältnissen angepaßt werden. Böhmer verlangte, daß die Forderung mindestens 50 Proz. betragen und die Dauer des Lohnabkommens 4 Wochen nicht überschreiten solle. Die Versammlung stimmte dem zu. Böher referierte ferner über die Kündigung des Reichstarifs, der am 15. Februar abläuft. Die Geltungsdauer der allgemeinen Normen des Reichstarifs ist nach Meinung des Redners diesmal zweckmäßig auf 1 1/2 Jahr festzusetzen, um eine günstigere Abwärtszeit zu erreichen. Dagegen müßten die Lohnabkommen beweglich gestaltet werden, indem bestimmt wird: Den Verhältnissen entsprechend sollen die Arbeitnehmer jederzeit das Recht haben, eine Lohnrevision zu beantragen. Vorgeschlagen wird eine reichsstariflich festzulegende Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 45 Stunden, die mit der Einführung des freien Sonnabendnachmittags verknüpft werden kann. Die Ueberstundenfrage ist im Reichstarif dahin zu regeln, daß Ueberstunden und Nachtarbeit nur in dringenden Fällen und auch dann nur mit Zustimmung des Vertrauensmannes, der Betriebsräte und der Mehrheit der Beschäftigten gestattet werden dürfen. Die Zuschläge sind zu erhöhen für Ueberstunden auf 50 Proz. und für Nacht- und Sonntagsarbeit auf 100 Proz. Auch die Zuschläge für Arbeiterschwerer sind zu erhöhen. Die Frage der Ferien muß endlich geregelt werden. Die Verdrängungsentschädigung und die Beurlaubung sind festzulegen. Auch für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre muß der Lohn, der bei ihnen bisher der freien Vereinbarung unterlag, festgelegt werden. — In der Diskussion wünschte Geselew, daß der Reichstarifvertrag für Berlin überhaupt abgelehnt wird. Auch Böhmer sieht im Reichstarifvertrag nur eine Fessel. Er begründete in etwa einseitiger Rede folgenden Antrag: „Die Versammelten lehnen es ab, irgendwelche Anträge zum Reichstarifvertrag zu stellen, da sie auf dem Boden der Schaffung eines Ortsstarifvertrages stehen.“ Klotz legte dar, wie wichtig es sei, Verbesserungsanträge zu dem nun einmal bestehenden Reichstarifvertrag einfach negieren zu wollen. Der Antrag Böhmer erhielt 4 Stimmen Mehrheit.

Eine Branchenversammlung der Schmiede nahm den Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen mit den Metallindustriellen entgegen. Der Branchenleiter wies darauf hin, daß der letzte Schiedspruch sehr ungünstig ausgefallen sei und große Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Jetzt sei ein Zuschlag von 2 M. stündlich auf alle Löhne gefordert worden. Die Unternehmer wollten nur 1 M. bewilligen und ab Dezember auf alle Stundenlöhne 25 Pf. aufschlagen. Zu einer Einigung kam es nicht. Auf eine nachträgliche Anfrage wurde geantwortet, daß die Arbeitgeber bereit sein würden, für die 1. Lohnklasse 1,20, für die 2. Lohnklasse 1,10 und für die 3., 4. und 5. Lohnklasse 1 M. Zulage ab 1. November zu gewähren und weiter ab 1. Dezember für alle Lohnklassen gleichmäßig 40 Pf. Ferner sollten für Akkordarbeiten bis 8 M. 10 Proz., 8-9 M. 7 1/2 und 10 M. 5 Proz. bewilligt werden. — Die hierauf stattgehabten Lohnverhandlungen sind aber gescheitert, weil die Transportarbeiter 50 Pf. Zuschlag ab Dezember forderten. Es ist aber eine Wiederaufnahme der Verhandlungen angebahnt worden.

Die Tarifverhandlungen der städtischen Angestellten führten am Donnerstag zu Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die ergebnislos verliefen, da der Oberpräsident in einem Brief mitteilte, daß die Gehälter der Angestellten die der Besoldungsordnung nicht übersteigen dürfen. Dieser Eingriff des Oberpräsidenten in ein schwebendes Verfahren rief bei den Angestellten lebhaften Unwillen hervor und führte zu einer ausgiebigen Debatte über die Rechtsfrage. Heute soll die Diskussion im Beisein des Oberpräsidenten fortgesetzt werden. Die Angeklagten werden keinen Verzicht unterlassen, der zur Einigung führen kann.

Verantw. für den Inhalt: Tell: Dr. Werner Peltz, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhöft-Buchdruckerei K. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Städt. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 12. Airungstrag. 27. Oktober 1921.

„Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die obere und eine auf die untere Abteilungen I und II“

Obere Gewinne	Nachdruck verboten
In der Normmittelsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:	
4 M 40000 M 04 '85 237307	
2 M 30000 M 100369	
2 M 70000 M 238118	
2 M 10000 M 248584	
20 M 6000 M 33840 99178 140378 141788 151788 165374 192718 207811 248114 181729	
100 M 3000 M 4739 0570 21277 74172 24719 29010 51735 44703 44871 58840 62614 64326 65658 70103 105409 114907 119151 122914 125937 148540 159029 156301 157638 168855 168979 178921 191058 192362 204000 229008 230409 231408 232883 232818 232810 232810 2328078 310931 310931 328427 347216 240431 353876 355743 356321 358012 360110 261910 261910 281708 86228	
804 M 1000 M 1388 7022 7906 8922 8184 0388 11763 12124 16448 20407 23424 24183 25006 27095 29263 31510 32228 33344 33909 34318 40680 40817 41240 41271 46326 46563 47045 49081 49266 49767 51818 54381 56207 58348 60821 62330 72749 63026 63273 67274 68890 70033 71681 71683 71764 78463 78463 76273 76517 77893 77012 77778 78927 80800 83114 83203 84517 87695 89184 89687 90074 91803 94112 11827 95786 98411 100105 104878 106905 105363 112805 113072 113940 118260 119393 119788 122193 122364 122540 122666 124416 126308 129285 131625 133488 134009 136423 138268 138782 139791 139888 138109 139489 140070 148810 147176 147700 149462 162896 168063 167785 169193 161709 168379 168320 167198 169601 17402 172052 173873 176094 184126 186707 191288 194709 196722 196856 197816 197877 200458 200929 202930 204030 207077 213276 214269 214480 215242 217634 217996 21798 21798 218278 218685 222074 228288 228288 218464 228281 231850 234929 236965 240417 245104 246503 248288 248760 248721 251180 258909 263179 268891 268089 268536 267347 268502 272224 278673 78767 179772 280083 263179 283260 284307 290506 291099 292408 294374 297103	

In der Normmittelsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

10 M 10000 M 22239 78530 118371 265236 261318
25 M 6009 M 18821 19243 23261 4237 84713 87871 96006 134971
144047 167225 212127 26443 255166 286640
114 M 3000 M 737 7106 8057 9095 15326 16584 21600 26447 31849 36523 66916 82305 70581 76591 76591 77149 80220 81921 83604 80716 97694 92291 100387 104591 110327 114673 114585 121822 126648 126710 12910 130271 148508 156593 156593 176503 179290 184711 196230 200683 208180 214718 221801 228210 224231 234777 238087 240870 247888 243429 240834 2671 81 80748 268380 287421 281180 286809 294891 309623
800 M 1000 M 2668 7418 2558 9262 16083 17019 17182 17486 18648 19764 21607 21610 22381 28726 29198 31110 31807 31714 33879 34481 37109 41778 44773 47350 48036 48776 60032 60177 60667 60716 62843 60089 60978 64666 66425 67321 67163 68489 68571 68510 72631 72647 74818 74883 77921 81366 82313 82421 85421 85843 85856 91984 92477 92816 90638 92881 95207 96431 100843 101828 102383 102435 103036 106425 108070 108926 114370 117927 117973 118324 119004 120090 120585 129607 129628 130294 131086 134936 136246 141070 144170 148269 147679 148038 180447 180108 183439 184144 185678 186213 186990 187064 170054 171489 174460 178109 178335 181764 184884 185161 185403 190540 191014 192349 198037 204384 205236 205783 208279 208811 208803 211428 218811 218788 214328 224818 220616 237185 232103 239268 241928 244232 244886 248500 260870 269295 184480 268212 287497 267685 260192 260193 262853 285080 286274 290218 270480 273644 274581 274819 276170 277492 278280 278622 284618 287660 290508 297041 298625 299093

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus dem Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterien-Einnehmern zur wöchentlichen Einsicht ausliegen.

Groß-Berlin

Die Bekanntheit vom Fünf-Uhr-Tea.

Raubüberfall mit der Kinderpistole.

Eine überraschende Aufklärung hat ein Raubüberfall gefunden, der vor einigen Tagen im Grunewald verübt wurde. Eine Gräfin lernte beim Fünf-Uhr-Tea in einem der ersten Hotels einen jungen Mann kennen, der sich Dr. Schönfisch nannte. Man trat sich näher und machte gemeinsame Spaziergänge, so auch nach dem Grunewald. Hier tauchte in der Nähe des Bahnhofs plötzlich ein zweiter junger Mann auf. Er kam an die Spaziergänger heran und gab ohne weiteres auf den Begleiter der Dame einen Schuß ab. Dr. Schönfisch brach anscheinend besinnungslos zusammen. Jetzt wandte sich der Angreifer der Dame zu und nahm der zu Lode Erjodroten mit vorgehaltener Waffe die kostbaren Ringe von den Fingern. Froh, mit dem Leben davon gekommen zu sein, eilte die Braubte zur Polizei und machte Anzeige. Das Gelände wurde sofort abgesucht, aber ohne Erfolg. Sogar der angehoffene und scheinbar schwerverletzte Dr. Schönfisch, dem man Hilfe angedeihen lassen wollte, war verschwunden.

Die Kriminalpolizei, die sich mit der Aufklärung beschäftigte, erkannte gleich, daß es mit diesem Ueberfall eine besondere Bewandnis haben müsse; sie entdeckte den verschwundenen „Schmerzwunden“ in einem Sanatorium, in dem er sich angeblich wegen eines Nervenschwachs aufhielt und stellte ihn als einen jungen Mann fest, der zwar Schönfisch heißt, sich den Doktorhut aber zu Unrecht beigelegt hatte. Der Räuber wurde gleichfalls ermittelt und festgenommen in der Person eines „Kunstmalers“ Fischer. Beide sind Söhne achtbarer Eltern. Sie hatten sich, um sich Geld zu verschaffen, zu dem Ueberfall zusammengefunden. Das „Mordinstrument“ wurde ebenfalls gefunden und beschlagnahmt. Es erwies sich als eine Kinderpistole mit Knallblättern. Die erbeuteten Ringe hatten die Ueberläufer bereits verkauft und verfehlt. Die Verhafteten wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Einführung der zehnfachen Autotaxe.

Nachdem das Polizeipräsidium die Einführung der zehnfachen Taxe bei den Kraftfahrzeugen nunmehr endgültig genehmigt hat, kann mit Sicherheit erwartet werden, daß die am heutigen Freitag nachmittag stattfindende Versammlung der Berliner Kraftfahrtschreiber die sofortige Wiederaufnahme des Verkehrs beschließen wird. In den Kreisen der Kraftfahrtschreiber ist man zwar der Ansicht, daß auch die zehnfache Taxe augenblicklich noch keine völlige Deckung der Betriebskosten bedeuten würde, doch gibt man sich der Hoffnung hin, daß der Polizeipräsident sich alsbald zur Einführung einer Tattaxe bereit erklären wird. Der gestrige Beschluß des „Interessensverbandes der Berliner Auto- und Elektrodroschkenbesitzer“, der bereits von heute ab für die ihm angeschlossenen Droschkenbesitzer die Einführung der zehnfachen Taxe vorseht, hat für die Fahrgäste der betreffenden Kraftfahrtschreiber keine Gültigkeit, da er gegen die Verkehrsordnung verstoßt.

Soziale Einküchenwirtschaft.

Im Bürgeraal des Berliner Rathauses fand gestern abend durch den Verein für gemeinnützige Einküchenwirtschaft, den Deutschen Verein für Wohnungsreform und die Deutsche Gartenstadtgemeinschaft eine Vortragsveranstaltung statt, in der zu dem Thema „Soziale Einküchenwirtschaft“ die Genossin Juchacz, Frau Zepfer und Robert Adolph sprachen. Alle drei Referenten waren sich einig in dem Punkt, daß die berufstätige Frau bei den heutigen erschwerenden Wirtschaftsverhältnissen nur dann ihren Pflichten nachkommen kann, wenn ihr die zermürbende Hauswirtschaft durch die genossenschaftliche Regelung des häuslichen Betriebes abgenommen wird. Genossin Juchacz wies darauf hin, daß dies Thema vor allem die berufstätige Frau angehe; sie allein müßte entscheiden, ob sie auf Grund ihrer meist sehr traurigen Erfahrungen sich zu der neuen Idee bekennen wolle, denn sie wäre es, der die Mühsal des Alltags abgenommen werden sollte, damit sie in die Lage käme, ihren Geist weiter zu bilden und der Allgemeinheit zu nützen.

Es wurde dann auch mitgeteilt, daß in Lankwitz eine gemeinsame Einküchenwirtschaft gegründet werden soll. Wir behalten uns vor, bei der Bedeutung, die diese Frage für die wirtschaftliche Selbstbefreiung der Frau hat, eingehend darauf zurückzukommen.

Ein Darlehen für den Magistratsbaurat.

Vor der städtischen Darlehenskasse für Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter hat der Dezernent, Stadtrat Benede, sich eine Eigenmächtigkeit geleistet, die zu

